

Unsere Politik im 21. Jahrhundert

(Albisgüetli-Rede 1999)

gewidmet unseren sieben Bundesräten

Eine politische Standortbestimmung anlässlich der 11. Albisgüetli-Tagung der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich von Nationalrat Christoph Blocher, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Freitag, 15. Januar 1999, im Schützenhaus Albisgüetli, Zürich

(Es gilt sowohl das gesprochene als auch das geschriebene Wort, wobei sich der Referent vorbehält, auch stark vom Manuskript abzuweichen.)

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	Seite 2
II.	Ein Jubiläumsjahr im Elfenbeinturm	Seite 3
III.	Nach einem Jahrhundert der staatlichen Allmacht	Seite 5
IV.	Bleibt die Schweiz Hort von Freiheit und Selbstverantwortung?	Seite 6
V.	Kampf dem Sozialismus	Seite 7
VI.	Wider den Sumpf von Misswirtschaft und Korruption	Seite 9
VII.	Stoppt den Staat, er ist zu teuer	Seite 12
VIII.	Die Zukunft gehört dem Föderalismus	Seite 13
IX.	Die Zukunft gehört der direkten Demokratie	Seite 14
X.	Die Zukunft gehört der Neutralität	Seite 15
XI.	Parteienlandschaft der Zukunft	Seite 17
XII.	Schlussfolgerungen	Seite 19
XIII.	Begrüssung	Seite 20

I. Einleitung

Herr Nationalbankpräsident
Frau Regierungsrätin
Herr Regierungsrat

Liebe Parteifreunde, liebe Sympathisanten der SVP des Kantons Zürich
Meine Damen und Herren

Nach der letztjährigen Albigüetlitagung hat ein Germanistik-Student der Universität Zürich meine Rede in einer Seminararbeit wissenschaftlich untersucht. Seine Mitstudenten - so schreibt der Verfasser im Vorwort - hätten ihm zwar davon abgeraten, damit er nicht noch ein Blocher-Anhänger werde. Nach getaner Arbeit schreibt der Autor weiter: "Nun, ein Anhänger Blochers bin ich nicht geworden, aber auch kein Verächter. (...) Und gelohnt hat sich die Arbeit bestimmt". Der junge Wissenschaftler hat sich so sehr in die letztjährige Albigüetlirede vertieft, dass er am Ende der Arbeit erschöpft festhält: "Nun aber, da ich ganze Passagen der Rede auswendig kann, ist es Zeit, die Arbeit abzuschliessen" ¹

Sie sehen, meine Damen und Herren: Einerseits ist es tröstlich, dass die Albigüetlitagung sogar in die abgehobenen akademischen Sphären unserer Hochschule eindringt. Das macht Mut, denn immerhin steht über dem Hauptportal unserer Uni "Durch den Willen des Volkes".

Andererseits ist es für mich natürlich belastend, wenn ich beim Abfassen meiner Reden künftig bedenken muss, dass die Studenten der Uni Zürich diese auswendig zu lernen haben. Eigentlich würde es mir schon genügen, wenn wenigstens unsere sieben Bundesräte dies täten. Und das hat mich bewogen, meine diesjährige Rede in der Überzeugung "Nützt's nüt, so schadt's nüt" eben diesen Bundesräten zu widmen.

¹ Peter Ruhstaller: Christoph Blocher: Die Schweiz im Jubiläumsjahr 1998. Analyse einer Rede. Seminar Wahlrhetorik von Prof. Dr. Rudolf Schwarzenbach, Universität Zürich, Deutsches Seminar, Wintersemester 1998/99.

II. Ein Jubiläumsjahr im Elfenbeinturm

Es brauchte vor einem Jahr keine besonderen prophetischen Fähigkeiten meinerseits, um vorauszusagen, dass das Jubiläum "150 Jahre Bundesstaat" von der offiziellen Schweiz einmal mehr dazu missbraucht werde, um dem Schweizervolk den EU-Beitritt schmackhaft zu machen. Nun ist leider diese Prophezeiung mehr als in Erfüllung gegangen: Anlässlich der drei offiziellen Festveranstaltungen gedachte die Classe politique in erster Linie der EU und sich selber. Ebenso gut hätte man alle diese Veranstaltungen unter den Titel "Ode an die EU" stellen können.

So empfing beispielsweise der Bundesrat am sogenannten "Tag der internationalen Beziehungen" ausländische Fürsten, Exzellenzen und Präsidenten auf dem von unzähligen Polizisten hermetisch abriegelten, menschenleeren Bundesplatz. Sieben Bundesräte und gerade sieben ausländische Staatsgäste wandelten auf dem roten Teppich (ein Teilnehmer hat mich nachträglich allerdings korrigiert, es sei kein Teppich gewesen, sondern nur ein roter Filz - was ja angesichts der politischen Verhältnisse in der EU auch ganz sinnig ist!). Ein armer Bauer verkörperte an diesem Anlass die Schweizergeschichte; er musste vor den Augen der Staatsgäste barfuss Heu auf einen Karren laden, das vorgängig dekorativ auf dem Bundesplatz ausgelegt worden war. Die Szenerie erinnerte mich an frühere Völkerschauen und an Tierschauen in zoologischen Gärten. Die Schweizerbauern können sich gegen diese unwürdige Zurschaustellung nicht einmal mit dem Rassismusgesetz zur Wehr setzen, da bekanntlich weder die Bauern noch die Schweizer eine Rasse im Sinne des Rassismusgesetzes bilden.

Die handverlesenen Gäste gelangten nur durch eine Hochsicherheitssperre mit Metalldetektoren zum Staatsakt dieses einstigen Landes der Freiheit.

Im Innern des Hauses eröffnete dann der Nationalratspräsident - als höchster Schweizer und Vertreter der Sozialdemokraten - den Ansprachereigen mit dem Wort "Durchlaucht", sich wohl schon mitten in der EU wädhend und vergessend, dass die Eidgenossenschaft vor 150 Jahren (was man ja eigentlich feiern wollte) die einzige Republik inmitten von Monarchien war. Und unser Bundespräsident pries die EU als "eine der grössten Errungenschaften des ausgehenden Jahrhunderts, ja sogar des ausgehenden Jahrtausends".² Ich staune darüber, dass unser Aussenminister die historischen Details der letzten tausend Jahre kennt. Während der Auseinandersetzung über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, bei der der Bundesrat eigentlich nur die letzten sechzig Jahre hätte kennen müssen, hatte ich nicht das Gefühl, er sei der Geschichte sehr mächtig. Alle - so schwelgte der Bundespräsident weiter - würden die Jahrtausendbedeutung der EU spüren, ausser - so Cotti wörtlich - "einzelne Ideenverweigerer".³ Ja, es ist tatsächlich eine ganz besonders originelle Idee unserer Regierung, die freie Schweiz als zwanzigstes oder dreissigstes Land auch noch in die Europäische Union zu führen!

Am zweiten Anlass, dem sogenannten "Festakt der modernen Demokratie" - organisiert von den Funktionären des Bundesamtes für Kultur - trafen sich wiederum auserlesene Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das Volk blieb durch Abschränkungen und Polizei konsequent ausgeschlossen. Im Gegensatz zu der für teures Geld eigens komponierten modernen Musik tönte der Lobgesang aller Redner auf die EU ausgesprochen harmonisch. An dieser offiziellen Jubiläumsfeier für unser Land war von meinem Sitzplatz aus zwar eine Fülle von Fahnen wahrzunehmen, jedoch keine einzige Schweizerfahne. Dafür landete gleichsam als Höhepunkt ein Fallschirmspringer im EU-Tenue in unanständigster Weise mitten in die Rede der Genfer Regierungsrätin, der man als Zeichen des Föderalismus das Wort erteilt hatte.

Während der Ansprache des Bundespräsidenten stolzierten dann ein paar Demonstranten auf die Bühne und entrollten ein Transparent, worauf gefragt wurde, wann sich der Bundesrat endlich für die heutige Asylpolitik entschuldige. Dies ist zweifellos eine sinnvolle Frage, denn wir warten schon jahrelang auf die Entschuldigung des Bundesrates beim Schweizervolk für seine chaotische, milliardenteure Asylpolitik. Wie ich nachträglich der Zeitung entnehmen konnte, soll die Polizei auf die Vorwürfe, warum denn die Demonstranten widerrechtlich auf die Bühne gelangen konnten, geantwortet haben, sie habe geglaubt, dies gehöre zum Festakt (was die Qualität der Feier wohl hinlänglich umschreibt).

² Neue Zürcher Zeitung Nr. 127, 5.6.1998, S. 13.

³ Ebenda.

Diese von Internationalismus und EU-Lobgesang erfüllte offizielle Feier traf nicht einmal den Geschmack der Medien. Die "Neue Zürcher Zeitung" schrieb, die gequälte Stimmung habe an den "leisen Mief einer Schulschlussfeier" erinnert,⁴ und ein Redaktor, der sich für einmal erlaubte, die Wahrheit zu schreiben, erwähnte, dass das einzig Farbige an der Rede des Ständeratspräsidenten seine Krawatte gewesen sei.

Ich verliess diese offizielle Feier - die auch noch den grosssprecherischen Namen "Das Fest" trug - so schnell wie möglich, um auf dem Heimweg im nicht gerade gemütlichen Autobahnrestaurant einen Kaffee zu trinken. Dort begegneten mir einige Regierungsräte aus ostschweizerischen Kantonen, die - ebenfalls angewidert - vorzeitig den Heimweg angetreten hatten und den wenig festlichen Aufenthalt im Autobahnrestaurant dem offiziellen Festmenu vorzogen. Meine kritischen Bemerkungen zu den Feierlichkeiten kommentierten die Regierungsvertreter gelassen mit der Bemerkung, man dürfe das nicht so ernst nehmen. Die Politik finde Gott sei dank ohnehin in den Kantonen statt.

Wenn wir bedenken, welche Möglichkeiten die Kultur unseres mehrsprachigen Landes, unser Brauchtum, unsere Chöre, unsere Orchester, unsere Schauspielbühnen bieten würden, wenn wir bedenken, welche kulturellen Leistungen unser Volk hauptberuflich oder in der Freizeit erbringt - sofern sich keine eidgenössischen Kulturfunktionäre mit unseren Steuergeldern einmischen -, dann erlauben die Jubiläumsveranstaltungen von 1998 nur zwei Schlüsse: Entweder sind die für diese Festlichkeiten verantwortlichen Personen in Bern vollständig am Verblöden oder man will dem Schweizervolk das Land bewusst so sehr verleiden, dass jede Identifikation, jedes Heimatgefühl, jede Geborgenheit zerstört wird. Wenn dem hintersten und letzten eingeblut ist, dass wir Schweizer ganz genau gleich und noch etwas schlechter sind als alle übrigen Menschen und Staaten dieser Welt, dann - so glaubt man wohl in Bern - haben wir den Sonderfall mitsamt seiner Souveränität, Neutralität und direkten Demokratie erledigt, und dann endlich kann man unser Land getrost in die EU, in die UNO und in die NATO führen.

Selbstverständlich liess es sich die Bundesversammlung nicht nehmen, eine spezielle Jubiläumssitzung einzuberufen. Nebst dem ausbezahlten Sitzungsgeld gefiel den meisten Volksvertretern die Ansprache von Ständeratspräsident Zimmerli, da er die für das Halbamt unserer National- und Ständeräte vorgesehenen 120'000 Franken⁵ Entlohnung als "Discountpreise" bezeichnete.⁶ Seine vielbeklatschte Rede gipfelte in der Forderung, den Parlamentariern endlich mehr Geld zu bezahlen - notabene aus der gleichen Staatskasse, die er ein paar Wochen später als so leer bezeichnete, dass man der Herabsetzung der übersetzten Eigenmietwerte keinesfalls zustimmen könne. Als unser Bundespräsident am gleichen Anlass auch noch erklärte, zu den Höhepunkten des Jubiläumsjahres gehöre der Schweizer Auftritt an der Frankfurter Buchmesse, erntete er einen - allerdings unfreiwilligen - Heiterkeitserfolg. (Wenigstens hat er diesen Auftritt nicht auch noch zum Jahrtausendereignis erklärt!)

Ein anderes Jubiläum hat der Bundesrat bekanntlich stillschweigend übergangen: Das 350jährige Jubiläum des Westfälischen Friedens. Die Loslösung der Schweiz vom römisch-deutschen Reich durfte kein Thema sein. Gewisse progressive Historiker haben die seltsamen, selektiven Jubiläumsfeierlichkeiten mit der Begründung gerechtfertigt, 1648 sei zwar die Loslösung der Schweiz vom Reich erfolgt, aber eben nur juristisch. Viel wichtiger sei 1499 gewesen, als die Loslösung faktisch erfolgt sei.

Wir sind gespannt, ob und wie 1999 die offizielle Schweiz 500 Jahre "Schwabenkrieg" feiert. Damals hatten sich die Eidgenossen erfolgreich geweigert, sich der Reichssteuer, dem Reichsgericht und der habsburgisch-europäischen Machtpolitik zu unterwerfen. Diese Feier dürfte Bern noch viel peinlicher sein als der Westfälische Frieden. Also wird man sie - ganz nach dem Vorbild diktatorischer Staaten, welche die nicht genehmen Jubiläen auch verdrängen - entweder unter den Tisch wischen oder zur Propaganda für einen EU-Beitritt (und damit zur Unterwerfung unter neue Reichssteuern, ein neues Reichsgericht und eine europäische Machtpolitik) missbrauchen.

⁴ Neue Zürcher Zeitung Nr. 212, 14.9.1998, S. 11.

⁵ Gut gebettet. Parlamentarier verdienen über 100'000 Franken - und jammern trotzdem. In: Beobachter Nr. 25, 11.12.1998, S. 18 - 25.

⁶ Neue Zürcher Zeitung Nr. 259, 7./8.11.1998, S. 15.

III. Nach einem Jahrhundert der staatlichen Allmacht

Meine Damen und Herren, wir stehen kurz vor dem Jahrtausendwechsel. Da lohnt es sich, über das Vergangene und das Künftige nachzudenken. Nach-denken - so sagt es bereits das Wort - heisst "hinterher-denken". Das ist wichtiger als das, was heute alle wollen, nämlich voraus-denken, ohne die Vergangenheit einzubeziehen. Die Ignoranz gegenüber der Geschichte hat sich bei Politikern und Wirtschaftsführern in jüngster Zeit bitter gerächt.

Das zu Ende gehende 20. Jahrhundert war ein Jahrhundert schlimmster Auswüchse des Nationalismus einerseits und des Sozialismus andererseits, wobei beide Ideologien - zeitweise sogar vertraglich verbündet und in der Namensgebung zusammengeschlossen - Werte wie Freiheit und Demokratie zerstört haben.

Diese gewalttätigen, mörderischen Regimes kamen anfänglich auf raffinierten Samtpfoten daher und schmückten sich mit wohl tönenden Schlagworten wie Volksgemeinschaft, Vaterland, Gerechtigkeit und internationale Solidarität. Damit vermochten sie auch hierzulande zu beeindrucken. 1937 pilgerte eine Professorendelegation der Universität Lausanne nach Rom und überreichte dem italienischen Faschistenführer Mussolini die Ehrendoktorwürde. Erst wenige Jahre ist es her, seit führende Schweizer Sozialdemokraten - sie sind noch in Amt und Würden - nach Ostberlin gepilgert sind, um dem DDR-Diktator Honecker zu seinem menschenverachtenden System zu gratulieren.

Das 20. Jahrhundert brachte eine erschreckende Krise der Demokratie, brachte eine nie für möglich gehaltene Verachtung des Einzelmenschen und seiner Rechte. An die Stelle des Individuums trat unter der braunen und unter der roten Herrschaft das Kollektiv, die Masse. Ein allmächtiger Zentralstaat wollte alles lenken, diktieren und regulieren. Der Einzelne galt nichts, die Gesamtheit alles. Beiden Systemen - der Naziherrschaft und dem real existierenden Sozialismus - gemeinsam waren aggressive Eroberungskriege, die brutale Unterdrückung von inneren und äusseren Gegnern, ein Terror mit vielen Millionen Menschenopfern - der braune und der rote Holocaust - sowie schliesslich der völlige wirtschaftliche, gesellschaftliche und geistige Zusammenbruch.

Mit diesen Lektionen - sollte man glauben - sei der Glaube an die Allmacht des Staates endgültig gebrochen worden. Doch an der Schwelle zum 21. Jahrhundert müssen wir leider feststellen, dass dem keineswegs so ist. Die allgemeine Tendenz geht in Richtung Zentralismus, Kollektivierung, Vermassung, Zwangsregulierung, gleichmacherischen Sozialismus, gigantische Staatsgebilde, die dem Einfluss des Bürgers möglichst entzogen sein sollen. Die politische Macht wird dem einzelnen Bürger weggenommen und auf anonyme Funktionäre und Bürokraten übertragen. Wie ehemals sollen einige wenige wieder über viele herrschen. Um die Zustimmung einer Mehrheit zu gewinnen, wird umverteilt, wird das Eigentum missachtet, wird der gleichmacherische Wohlfahrtsstaat propagiert, wird auf Pump gelebt, werden Schulden gemacht, wird dem sicheren Ruin entgegengesteuert. Arbeitslosigkeit, Armut und Resignation sind die Folgen.

IV. Bleibt die Schweiz Hort von Freiheit und Selbstverantwortung?

Unser kleines Land darf anlässlich des zu Ende gehenden Jahrhunderts feststellen, dass es auch in schwerster Zeit, unter grösstem äusseren Druck und mit riesigen Anstrengungen gegenüber den braunen und roten Fäusten das Lämpchen der Freiheit, der Menschlichkeit, der Demokratie und des Rechts hochgehalten hat, während der Zeit des Zweiten Weltkriegs eine zeitlang als praktisch einziger Staat auf dem europäischen Festland, völlig umzingelt von einer feindlichen Umgebung. Die jüngsten Diskussionen um die Vergangenheit hätten eigentlich Gelegenheit geboten, an diese Tatsache zu erinnern - statt dessen hat sich unsere Regierung für diese Vergangenheit entschuldigt, und unsere Wirtschaft liess sich erpressen, um sich von einer angeblichen Schuld loszukaufen.

Es ist schon eigenartig: Obwohl der Sozialismus überall eine soziale und wirtschaftliche Wüste hinterlassen hat, marschiert auch unser Land in den letzten Jahren mit rasant zunehmendem Tempo auf sozialistischen Pfaden. Noch 1981 konnte der verstorbene Ökonom und Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek die Schweiz als "wahrscheinlich einzige Ausnahme" loben, wo die Zentralregierung nicht ständig mehr Kompetenzen an sich ziehe⁷ und noch das Lämpchen der Freiheit und Selbstverantwortung in den rauhen Wind halte. Dieses Lob hat heute leider keine Gültigkeit mehr. So muss der zur Zeit wohl bedeutendste Ökonom, der Nobelpreisträger Milton Friedman, 1998 unser Land als Beispiel eines sozialistischen Staates aufführen. Auf die erstaunte Frage, warum die Schweiz dazu gehören solle, sagte er: "Wenn ein Staat über die Besteuerung und Umverteilung fast die Hälfte des Einkommens kontrolliert, bedeutet das auch, dass er fast die Hälfte der Ressourcen, der Produkte und der Dienstleistungen in seiner Kontrolle hat. Und was ist das denn anderes als Sozialismus?"⁸

Die Tatsachen sind alarmierend: Unser Staat hat in den letzten sieben Jahren mehr Schulden gemacht, als in den 700 Jahren zuvor. Die schweizerische Staatsquote lag 1970 noch bei 20 % des Bruttozialproduktes, jetzt liegt sie bei 36 %, Tendenz steigend. Es wäre zu einfach, die Verantwortung für diese katastrophale Entwicklung allein den Sozialisten in die Schuhe zu schieben: Sozialisten gibt es leider in allen Parteien, auch in den bürgerlichen. Diese Versozialisierung haben wir den Linken und den Netten zu verdanken.

Welches ist die Rolle der Schweiz im 21. Jahrhundert? Die Schweiz wäre wie kaum ein anderes Land geeignet, die Botschaft des freien, selbstverantwortlichen Menschen in die Zukunft zu tragen. Schon Jeremias Gotthelf hat geschrieben: "Nimmer und nimmer dürfen wir es vergessen, und das ist ein Unterschied, der sein soll zwischen uns und den andern Völkern, solange wir Schweizer sein wollen (...): dass die Kraft bei uns im einzelnen liegt und jedes einzelnen Wiege das Haus ist, während andere Völker ihre Kraft in der Masse suchen und der Masse Kraft in ihrer Grösse und Verkittung."⁹

⁷ Friedrich August von Hayek: Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Bd. 3: Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen, Landsberg am Lech 1981, S. 197.

⁸ Facts Nr. 25, 18.6.1998, S. 58f.

⁹ Andreas Dollfuss und Paul Rothenhäusler (Hrsg.): Schweizer Splitter & Sprüche. Ein Grund zum Glauben an die Gerechtigkeit, Stäfa 1998, S. 44.

V. Kampf dem Sozialismus

Es ist offensichtlich, dass der Sozialismus vor allem in den Bereichen versagt hat, in denen er seine Hauptziele sah: in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ich hatte Gelegenheit, in der damaligen DDR ein Altersheim und ein Spital zu besuchen. Noch heute habe ich die mitmenschliche Kälte, die Primitivität, die menschenunwürdigen Zustände vor Augen.

Nun, so weit sind wir noch nicht, werden aber so weit kommen, wenn das 21. Jahrhundert nicht eine radikale Umkehr bringt. Hätte unser Land die Kraft, das Lämpchen der Freiheit und der Selbstverantwortung in die zunehmend sozialistisch agierende Staatenwelt zu halten, würde es zum leuchtenden Vorbild einer menschenwürdigen Gesellschaftsordnung. Aber eben - unser Land müsste den Mut, die Kraft und das Selbstbewusstsein haben, anders und besser zu sein und sich nicht gleichmacherisch und uniform wie viele europäische Staaten in der EU verkriechen zu wollen.

Meine Damen und Herren, es gilt, den Menschen im 21. Jahrhundert wieder aus dem Schutt des sozialistischen Menschenbildes zu befreien, aus der ununterbrochenen beherrschenden und besitzergreifenden Fürsorge staatlicher Beamter, Funktionäre und Politiker. Für den Sozialismus ist der Mensch angeblich zu schwach, um für sich selbst zu sorgen und deshalb auf die dauernde Hilfe des allmächtigen Staates angewiesen. Dabei ist nicht etwa uneigennütziges Nächstenliebe das Motiv dieser Lehre; die Politiker wissen natürlich nur zu gut, dass Hilfe den Empfänger vom Helfenden abhängig macht. Sozialismus ist ein süßes Gift, von dem nur schwer wegzukommen ist. Und Abhängige lassen sich gut beherrschen!

Um auf diesem Weg Erfolg zu haben, müssen politische Begriffe verfälscht und für politische Zwecke vereinnahmt werden. Sozialistische Agitatoren und Regimes haben dies von jeher gut verstanden. So nannten sich die totalitären Regimes Osteuropas bis in die jüngste Vergangenheit "demokratisch".

Oder nehmen wir als Beispiel das Wort "liberal". Eigentlich heisst liberal freiheitlich. Die Linke bezeichnet heute perverserweise jene als "liberal", die ihrem sozialistischen, unfreiheitlichen Standpunkt möglichst weit entgegenkommen. Schon Konfuzius sagte: "Wenn Wörter ihre Bedeutung verlieren, verlieren Völker ihre Freiheit." Sozialistische Ideen haben selbst die Bürgerlichen so sehr durchdrungen, dass sie meinen, sie seien ein fest verwurzelter Teil des gängigen Denkens und der politischen Korrektheit. So sprechen sie heute unentwegt von Reformen, Fortschritt und Planung, ohne zu merken, dass sie bei diesen Schlagworten in die sozialistische Mottenkiste greifen.

Die sozialistische Denkweise, die dauernde Verabreichung des süßen Giftes verändert aber auch den Menschen. Wenn jede mitmenschliche Fürsorge an den Staat delegiert wird, wenn wir ständig umverteilen, ohne dass die Empfänger in einer Notsituation stecken, vernichten wir nicht nur die Selbsthilfe, sondern auch die Bereitschaft zu helfen. Wer durch ständig steigende Steuern, Abgaben und Gebühren gezwungen wird, sich mitmenschlich zu verhalten, wird nicht etwa sozialer, sondern unwillig und zunehmend egoistischer. Nicht zufällig gab es im kommunistischen Osten mit seiner sogenannten "sozialen Gerechtigkeit" einen kaum zu übertreffenden Egoismus des einzelnen. Nicht zufällig wird in einigermassen freien Gesellschaften - heute noch in den USA oder in der Schweiz - am meisten freiwillig gespendet. Darum sind die Solidaritätsschwätzer letztlich nichts anderes als Solidaritätszerstörer! Es ist heuchlerisch und unaufrichtig, wenn die Regierung unseres Staates dem Schweizervolk als Reaktion auf eine offensichtliche Erpressung eine sogenannte Solidaritätsstiftung von sieben Milliarden Franken als Akt der Tugend und des Gemeinsinnes zumutet. Hier ist etwas faul im Staate Schweiz. Da der Bundesrat dies natürlich ebenso gut merkt wie das Volk, wagt er es nicht, diese auf 1998 angekündigte Vorlage endlich zur Abstimmung vorzulegen.

Es ist dringend notwendig, dass die Eigenverantwortung im 21. Jahrhundert wieder als für die Gemeinschaft wertvolles Verhalten gewürdigt und in den Mittelpunkt gestellt wird. Wahrhaft soziales Verhalten des einzelnen bedeutet, für sich selbst zu sorgen und den andern nicht zur Last zu fallen.

Warum ist der Sozialismus heute salonfähiger denn je? Wurde nach dem Krieg noch anerkannt, dass die Folgen von Zerstörung, Armut, Arbeitslosigkeit und zerrütteten Staatsfinanzen mit der raschmöglichen Gewährung von Freiheit zu Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft überwunden werden können, hat sich mit zunehmendem Wohlstand ein neues Denken breit gemacht: Statt die Mühsal von Risiko und Verantwortung zu tragen, streben plötzlich viele Menschen nach staatlich garantiertem Wohlstand. An die Stelle des Individuums, das sich für die eigene Existenz und Wohlfahrt einsetzt, tritt

zunehmend der Anspruch auf das Paradies auf Erden. Planungen, Konzepte und Programme sollen es ermöglichen. Das kommt sowohl dem Politiker wie dem Bürger entgegen. Die Bürger hoffen auf ein sorg- und müheloses Leben, und die Politiker können ihre Bedeutung hervorheben und ihre Macht sichern, indem sie durch Umverteilung und Ausgabenbeschlüsse ein solches Leben zu garantieren vorgeben. Es ist einfach, das Geld anderer Leute zu verteilen und sich damit erst noch zu brüsten. Dass dadurch in der Gesellschaft vieles zerstört, die Arbeitslosigkeit, die schlechte Wirtschaftslage, das unsoziale Verhalten gefördert wird, interessiert kurzfristig denkende Politiker nicht. So wird prophzeit, geregelt, verteilt, interveniert - stets mit der "Vision" eines weniger mühsamen, lasten- und risikoärmeren Lebens. Um der Wirksamkeit und Akzeptanz des sozialistischen Gedankenguts zum Durchbruch zu verhelfen, wird der Kreis der Unterstützungs-Empfänger stets vergrößert. Nicht nur den Schwachen und Hilflosen wird gegeben, sondern auch und gerade den Gesunden und Starken. Dieser Umverteilungsprozess ist in vollem Gange und beschleunigt sich von Jahr zu Jahr. Dabei werden Leistungswillige zu Abgaben gezwungen, ausgenützt, für dumm verkauft und für ihren Einsatz bestraft.

Der Sozialismus ist eben nicht nur ein falsches politisches Programm, sondern eine verhängnisvolle Lebensphilosophie. Als süßes Gift wird er in der Regel erst wahrgenommen, wenn der Kollaps unmittelbar bevorsteht. So bedurfte es in den sozialistischen Staaten zuerst eines vollständigen ökonomischen Zusammenbruchs, um eine Umkehr zu ermöglichen. Der Entzug vom sozialistischen Gift war und ist hart und schmerzhaft, wie es der Entzug bei Süchtigen eben ist. Angelsächsische Länder wie die USA, Grossbritannien oder Neuseeland mussten angesichts ihrer ausweglosen Situation in den 80er Jahren mit drastischen Massnahmen zu Freiheit und Eigenverantwortung zurückfinden. Konkret bedeutete dies eine radikale Senkung der Staats- und Steuerquote sowie eine Zurückdämmung der Bürokratie. Die dabei gemachten Erfahrungen sind erstaunlich: Beschäftigung und Wohlstand sind seither gestiegen, Arbeitslosigkeit und Armut sind zurückgegangen, die staatlichen Defizite verschwanden. Wer hätte vor zehn Jahren gedacht, dass die USA einmal einen Rechnungsüberschuss ausweisen könnten!

Die Wissenschaft und erst recht die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte beweisen, dass das staatlich verordnete Glück des Sozialismus ausnahmslos in den Untergang führt. Hier geht es nicht um Ideologie, sondern um volkswirtschaftlich messbare Tatsachen. Wir müssen uns im nächsten Jahrhundert kompromisslos wie nie zuvor dafür einsetzen, dass sich die Freiheit und Selbstbestimmung des einzelnen gegen den gleichmacherischen Sozialismus durchsetzt. Das allein löst die soziale Frage der Zukunft. Damit ist der Auftrag an die Politiker, an die SVP des Kantons Zürich im 21. Jahrhundert klar: Befreiung des Menschen zum selbstverantwortlichen Individuum.

Das 21. Jahrhundert wird vom allmächtigen Staat Abschied nehmen müssen. Wir ziehen auch im nächsten Jahrhundert das Risiko der Freiheit und der Selbstverantwortung der Knechtschaft durch Fremdbestimmung, dem Beherrschtwerden durch Abhängigkeit und dem durch falsche Wechsel gedeckten Versprechen garantierter materieller Sicherheit vor. Wir werden nicht aufhören, schön tönende Worte wie "sozial" oder "solidarisch" zu hinterfragen. Einfach wird dieser Kampf nicht sein, aber er stellt für die Schweiz die einzige Chance dar. Nur so lassen sich Arbeitslosigkeit, Armut und Knechtschaft vermeiden!

Mehr denn je werden wir im 21. Jahrhundert aufdecken müssen, dass der Sozialismus genau wie der Faschismus oder der Kommunismus unvermeidlich in den totalitären Staat und in die Vernichtung der demokratischen Ordnung führt. Wir müssen verhindern, dass wir durch verfassungsmässige und gesetzliche Bestimmungen in ein sozialistisches System abgleiten, selbst wenn solche Bestimmungen im Moment gefällig klingen und von vielen, die davon profitieren, als gut angesehen werden.

VI. Wider den Sumpf von Misswirtschaft und Korruption

Der zunehmende Sozialismus, die internationalen Verflechtungen und die Unkontrollierbarkeit der Globalisierungen tragen alle Kennzeichen einer zunehmenden Korruption und der Misswirtschaft in sich. Es ist eindeutig: Korruption und Misswirtschaft sind unter freien, selbstverantwortlichen Menschen, die ins eigene Portemonnaie greifen müssen, wesentlich schwieriger als in sozialistischen Staaten, internationalen Institutionen und Diktaturen, die sich am Geld der andern bedienen können. Korruption besteht in der Regel darin, dass einer einen Vorteil erhält, damit derjenige, der ihm diesen verschafft, ebenfalls von einem Vorteil profitiert, für dessen Kosten aber nicht der erste, sondern ein Dritter - meist eben der Staat bzw. seine Steuerzahler - aufzukommen hat. Der klassische Fall sind Schmiergeldzahlungen für staatliche Aufträge. Der "Tages-Anzeiger" hat vor einigen Tagen getitelt: "Im Kleinen gedeiht der Filz." ¹⁰ Es ist durchaus zuzugeben, dass im Kleinen möglicherweise ein kleiner Filz besteht. Viel verheerender aber ist die Tatsache, dass im Grossen der grosse Filz gedeiht! Je grösser, internationaler und unübersichtlicher Organisationen sind, desto anfälliger werden sie auf Korruption und Misswirtschaft.

Mit scheinbar naivem Erstaunen haben die Schweizer Verantwortlichen zur Kenntnis genommen, dass im Internationalen Olympischen Komitee die Vergabe von Spielen gekauft wird. Wenn unser Sportminister sagt, jedermann dürfe unsere Bücher einsehen, so übersieht er leider, dass es das Merkmal der Korruption ist, dass diese Art von Gefälligkeiten eben gerade nicht in den Büchern festgehalten ist.

Je gigantischer die Umverteilungsmaschinerie und die zentrale Lenkung, desto grösser die Korruption. Bei der EU oder UNO etwa gehen die unrechtmässig in irgendwelche privaten Taschen versickernden Summen in vielfache Milliardenhöhe. Die Europäische Kommission - also die Regierung der EU - sieht sich gewaltigen Korruptionsvorwürfen ausgesetzt - "zufällig" vor allem zwei sozialistische Mitglieder! Der Chef des EU-Rechnungshofes befürchtet, dass die Idee EU an der Korruption zugrunde gehen könnte. ¹¹ Es lohnt sich, den jährlichen Bericht der EU-Rechnungsprüfer zu lesen. Dieser übertrifft als Nachttischlektüre einen Kriminalroman bei weitem. Er verhilft allerdings nicht zum wohligen Einschlummern, denn man bleibt vor Entsetzen die ganze Nacht hellwach! ¹²

Ein Schweizer Offizier, der seit Jahren international für die UNO tätig ist, hat mir neulich gesagt, er verstehe nicht, weshalb sich die SVP gegen Schweizer Blauhelme engagiere. Stünde jährlich ein Bataillon von 800 Mann im Ausland im Einsatz, würden diese Blauhelm-Soldaten eine so unglaubliche Korruption der UNO-Verantwortlichen erleben, dass sie allesamt als begeisterte Schweizer und überzeugte SVP-Wähler zurückkehren würden!

Am gefährlichsten aber ist die Korruption, welche uns im Alltag begleitet und die so selbstverständlich als gegeben hingenommen wird, dass man sich nicht einmal mehr getraut, sich darüber aufzuregen.

So darf zum Beispiel im Umverteilungsstaat das soziale Problem gar nie gelöst werden, weil sonst alle vom Staat damit Beschäftigten arbeitslos würden. Für den hierzulande betriebenen Asylantismus gilt genau dasselbe. Korruption kann man das zwar noch nicht nennen, aber zumindest vorhandene Abhängigkeiten.

Es ist interessant zu sehen, wie viele "Gutachter", Büros und Dienstleistungsbetriebe für den Staat arbeiten, auch eine relativ grosse Zahl von Parlamentariern und ihnen nahstehende Firmen, die dann der Regierung und der Verwaltung wieder willfährig sein müssen. Der Zürcher Regierungsrat beauftragte die Firma "Infras" mit einer Studie über die Notwendigkeit eines Lastenausgleichs. ¹³ Mitinhaber der Infras war damals Stadtrat Ledergerber, und noch heute sitzen dort SP-Politiker, die - o Wunder! - zum Schluss kommen, es müsse von den sparsamen Landgemeinden dringend Geld in die verschwenderische Stadtkasse umverteilt werden.

¹⁰ Tages-Anzeiger, 12.1.1999, S. 9.

¹¹ "Daran könnte die ganze EU scheitern". Betrug in der Europäischen Union hat solche Ausmasse angenommen, dass Rechnungshofpräsident Bernhard Friedmann sogar um die Gemeinschaft fürchtet. In: Stern 47/1998, S. 118.

¹² Korruption und Schlamperei kosten 8 Milliarden Mark. In: "Welt am Sonntag", 10.1.1999, S. 6.

¹³ Gesetz über die Staatsbeiträge an die Gemeinden und über den Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz). Antrag des Regierungsrates vom 8.4.1998, S. 4.

Der frühere Post-Generaldirektor Jean-Noël Rey verschaffte einem befreundeten SP-Genossen das hübsch dotierte Amt des stellvertretenden Generaldirektors. Da dieser wegen seines Wirkens im Osten Deutschlands ein Strafverfahren am Halse hatte, wurde die Anstellung gerade noch verhindert, nicht aber eine prächtige Abfindung von 277'268 Franken.¹⁴ Die SP bezeichnete den hierauf erfolgten Abgang von Parteifreund Rey in ihrem Pressedienst als "Hetzkampagne auf das Image der Post".¹⁵ Auch aus diesem Holz ist die Korruption geschnitzt.

Leider sind zahlreiche Wirtschaftsverbände dermassen mit dem Staat verfilzt, dass sie ihre ursprünglichen Aufgaben vergessen haben. Gegründet und angetreten mit dem Ziel, für bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, für ordnungspolitische Grundsätze einzustehen und um die staatliche Intervention und den Sozialismus zu bekämpfen, tun sie heute oft das Gegenteil. Der im 19. Jahrhundert einsetzende blühende Wirtschaftsstandort Schweiz verdankt seine Stärke gerade auch der Tatsache, dass der Staat den Unternehmern nicht geholfen hat und die Unternehmer nie staatliche Hilfe gefordert haben. Einst war unsere Wirtschaft von gesundem Misstrauen gegen jede staatliche Hilfe erfüllt. Heute sind viele von der Wirtschaft bezahlte Funktionäre und auch einzelne Unternehmen so sehr mit staatlichen Institutionen verbandelt, dass sie oft genug für wirtschaftsfeindliche Parolen Hand bieten. Die Ordnungspolitik wird zugunsten momentaner Einzelinteressen geopfert. Gewisse Wirtschaftszweige fordern immer unverhohlener staatliche Hilfe in Form von Forschungsbeiträgen, Wirtschaftsförderungsprogrammen, Aufträgen, Unterstützungen und Subventionen aller Art. Die Organisation "Förderung der Schweizer Wirtschaft" hatte letztes Jahr - wohl weil die Mitarbeiter gemerkt hatten, dass es um eine ordnungspolitisch zu verabscheuende Vorlage ging - bereits die ganze Kampagne gegen die Finöv-Vorlage vorbereitet, als sie unter dem Druck besonderer Interessen linksumkehrt machte und schliesslich eine Ja-Kampagne führte! Welche Unternehmen erwarten denn hier für sich und vom wem Vorteile, um solches für die Volkswirtschaft schädliches Verhalten zu rechtfertigen?

Für viele unbemerkt, aber in früher nie gekanntem Masse hat bei uns auch das Verhältnis zwischen Politikern und Medien korrupte Züge angenommen. Verstanden sich Presse und sogar die staatlichen Monopolmedien in den 70er und 80er Jahren noch als ausgesprochen kritische Begleiter der Regierungstätigkeit, ist heute von Kritik kaum mehr etwas zu vernehmen. Die Medien sehen sich als getreue Vasallen der offiziellen Politik. Sie orientieren nicht mehr, sondern führen Kampagnen. Wer die bundesrätlichen Vorlagen kritisiert oder gar bekämpft, wird entweder beschimpft oder totgeschwiegen. Nur ausnahmsweise treffen wir auf kritische Geister, die dieses korrupte Klima und seine Gefährlichkeit für die Demokratie erkennen. Erfreulich ist der neu erschienene Roman von Thomas Hürlimann "Der grosse Kater".¹⁶ Unübertrefflich beschreibt er darin Aladin, "den ersten Medienmann des Landes". Wir lesen über diese zwielichtige Figur: "Wie mit einer Wunderlampe erzeugte er jene zweite Realität, die das Volk für die erste nahm, produzierte Homestories, titelte Schlagzeilen, entwarf Reden, beriet die Regierung und verstand es erst noch, in einem monatlich gesendeten Fernsehgespräch sich selbst und der Nation zu gefallen. Aladin mischte überall mit, stand zwischen den Zeilen und hinter dem Präsidenten, aber am liebsten schrieb Aladin seine Kolumne, die, von einem Sonntagsblatt gebracht, die Themen des Landes in griffige Formeln goss."¹⁷ Dieser Aladin nimmt Einfluss auf die Bundesräte, stellt ihre Person ins Strahlenmeer und erhält als Gegengeschäft exklusive Information aus dem innersten politischen Machtzirkel, die er für sein Verlagshaus in grosser Auflage unters Volk bringt. Er kennt weder Rückgrat noch einen Standpunkt und folgt immer denen, die gerade obenauf schwingen. Benutzte Aladin bisher das gleiche Rasierwasser wie der abtretende Bundespräsident, so wechselt er - noch bevor der neue an der Macht ist - sofort zu dessen Rasierwasser, um den gleichen Duft auszuströmen. Es erfüllt uns mit ernster Sorge, wenn Bundesräte dies nicht erkennen und sich einem Aladin ausliefern, denn aus diesem Holz ist die Korruption geschnitzt.

Die Medien sind vernetzt und verfilzt mit der immer stärkeren Informationsbürokratie unserer Regierung, die ihre Botschaft - finanziert durch Steuergelder - immer einseitiger unters Volk bringt. Immer mehr Menschen sind von dieser gefälligen, oberflächlichen Mischung von Information und Unterhaltung genau so abhängig wie von den umverteilenden, subventionierenden Staatshilfen.

Die Intellektuellen und Kulturschaffenden, von denen man allenfalls noch Kritik an diesem Filz erwarten würde, sind durch einträgliche Subventionen, Staatsstellen und Lehrstühle genauso befangen wie durch staatliche Förderungsprogramme und sich gegenseitig zugeschobene Preise und Ehrungen. Eine Hand wäscht die andere, und so verteilt der Zürcher Stadtpräsident Estermann unentwegt öffent-

¹⁴ Tages-Anzeiger, 13.3.1998, S. 2.

¹⁵ Medienmitteilung der SPS, 12.3.1998.

¹⁶ Thomas Hürlimann: Der grosse Kater. Roman. Ammann-Verlag, Zürich 1998.

¹⁷ Ebenda, S. 23f.

lich finanzierte Kulturpreise an politisch Nahestehende, die sich dann mit ihrem Namen und mit speziellen Kulturveranstaltungen für die Wiederwahl von ihrem Sepp einsetzen.¹⁸

Mit wichtigtuersischem Wortschwall wurde 1997 an der ETH ein Collegium Helveticum als "Schule der Interkulturalität" und als "wissenschaftliche Gast-Wirtschaft mit globalem Einzugsgebiet" gegründet. Vierzehn Professoren der zuständigen ETH-Abteilung haben das Projekt des Gründungsdirektors Adolf Muschg gewogen und mit 10:4 Stimmen für zu leicht befunden und abgelehnt.¹⁹ Diese demokratische Entscheidung hat Muschg aber nicht besonders beeindruckt, schliesslich hat man gute direkte Beziehungen zur zuständigen Bundesrätin und Parteifreundin.²⁰ Das Collegium wurde mit einigen Millionen aus der Staatskasse verwirklicht. Der Literat Muschg ist zwar als Direktor bereits wieder zurückgetreten, da ihm die Alltagsarbeit zu mühsam wurde. Die NZZ schreibt: "Einstweilen existieren neben einigen schönen neuen Professorenbüros nicht mehr als zwei zwar sehr gediegene Räume, doch mit zehn Arbeitsplätzen." Diese Realität stehe "in einem argen Missverhältnis zum nebenher betriebenen rhetorischen Gründungsaufwand".²¹

Laut Zeitschrift "Bilanz" hat der Direktor der Konjunkturforschung Basel, die jüngst wissenschaftlich nachgewiesen hat, dass der EU-Beitritt unserem Land wirtschaftlich keine Vorteile bringt, gesagt: "Wir werden von Bern zitiert, damit man uns mitteilen kann, dass wir möglichst alle Argumente aufführen, die für einen EU-Beitritt der Schweiz sprechen. (...) Wenn man von uns Gefälligkeit erwartet, dann geschieht dies eindeutig von Seiten des Bundes."²²

Meine Damen und Herren, der Kampf gegen die Korruption - vor allem auch gegen deren feinere Formen - gehört zu unserem politischen Auftrag des 21. Jahrhunderts. Er ist nur möglich, wenn der freiheitliche, selbstverantwortliche Mensch wieder in den Mittelpunkt gestellt wird. In einer freiheitlichen Gesellschaft mit einem nicht allmächtigen Staat in überschaubaren Verhältnissen ist die Korruption und Misswirtschaft schwerer möglich. Die Korruption und die Misswirtschaft zu bekämpfen wird noch undankbarer sein, als gegen den Sozialismus anzutreten. Zu viele Pfründe und direkte Abhängigkeiten müssen aufgedeckt und zerstört werden. Unsere Partei wird aber den Mut haben müssen, die öffentliche, die geheime, die veröffentlichte, die plumpere und die feinere Form von Misswirtschaft und Korruption aufzudecken und zu bekämpfen - auch auf die Gefahr hin, dass uns stark involvierte Aladins und ihre Medienleute noch mehr attackieren werden als bisher.

¹⁸ Jam Session für Sepp. Josef Estermann sei der bessere Kulturförderer, meint Zürichs Kulturkuchen. In: Tages-Anzeiger, 19.1.1998.

¹⁹ Neue Zürcher Zeitung, 18.4.1997, S. 45.

²⁰ "Bundesrätin Ruth Dreifuss, ETH-Präsident Nüesch und Adolf Muschg als Leiter des neuen Collegium Helveticum haben am Freitag nachmittag die renovierte frühere Sternwarte der ETH feierlich eröffnet." In: Neue Zürcher Zeitung, 19./20.4.1997.

²¹ Neue Zürcher Zeitung, 18.4.1997, S. 45.

²² Gefälligkeit zu Weihnachten. In: Bilanz, das Schweizer Wirtschafts-Magazin, Januar 1999, S. 20.

VII. Stoppt den Staat, er ist zu teuer

Die Misere der Staatshaushalte ist nicht in erster Linie die Misere der Staatsdefizite, denn nichts ist einfacher, als Fehlbeträge in staatlichen Rechnungen wegzubringen und Defizite mittels höherer Steuern, Abgaben und Gebühren zu verhindern. Auch in unserem Staat wurde in den letzten Jahren so vorgegangen, und darum sind die Einnahmen, d.h. die Steuern, Abgaben und Gebühren wesentlich stärker gewachsen als das vom Volk erarbeitete Einkommen. All dies musste geschehen, um die galoppierende Ausgabenflut des Staates zu decken. Das heisst aber nichts anderes, als dass dem Kreislauf, der dem Bürger zum Leben und zur freien Verfügung steht, immer mehr Geld entzogen wurde.

Dies führt zu einem schlechteren Wirtschaftsgang, zu Arbeitslosigkeit und Armut. Es gibt eine einzige Lösung. "Stoppt den Staat, er ist zu teuer!", wie dies der freisinnige Alt-Ständerat Hans Letsch in seinem mit diesem Titel versehenen Buch zu Recht schreibt.²³

Der "Bankrottstaat" des 20. Jahrhunderts hat ausgedient. Dem freien, gesunden, schlanken Staat mit niedriger Staats- und Steuerquote gehört die Zukunft. Der moderne Staat hat nicht Staatsreformen durchzuführen, um immer mehr Aufgaben übernehmen zu können, wie dies die heutigen "Staatsreformer" meistens wollen. Das ist veraltet. Der Staat des 21. Jahrhunderts besinnt sich wieder auf das eigentliche Wesen des Staates. Der moderne Staat beschränkt sich auf seine Kernaufgaben.

Dies hat wiederum nichts mit Ideologie zu tun, sondern ist absolut nötig, um den Zusammenbruch abzuwenden und den künftigen Generationen auch noch etwas zum Leben zu hinterlassen. Mit ihrer sozialistischen Schuldenwirtschaft auf dem Buckel der Jungen und der noch Ungeborenen fressen die Eltern ihre Kinder - es sind die gleichen Eltern, die das Wort "Solidarität" ständig im Munde führen, ohne rot zu werden. Kernaufgabe des Staates ist es, die Freiheit des Individuums zu schützen und Recht und Ordnung gegen aussen und innen durchzusetzen. Und gerade bei dieser Kernaufgabe - der Verhinderung der Kriminalität, dem Schutz gegen illegale Masseneinwanderung und bei der Sorge für eine genügend gerüstete Armee - wird ständig abgebaut. "Eine kluge Regierung" - sagte der dritte amerikanische Präsident Thomas Jefferson - "wird verhindern, dass die Bürger einander schädigen, sie wird sie im übrigen frei lassen im Streben nach Erwerb und besseren Lebensumständen, und sie soll ihnen die Luft vor dem Mund nicht wegnehmen, so dass sie atmen können."

Die Politik ist auch in unserem Land viel zu wichtig, viel zu teuer und viel zu schädlich geworden. Wir müssen sie im 21. Jahrhundert auf ein vernünftiges, die Freiheit des einzelnen förderndes Mass zurückführen. Alles andere ist unmoralisch und asozial.

Der Staat soll im nächsten Jahrhundert kein Monopol auf irgendeine Dienstleistung mehr besitzen, die Private ebenso gut anbieten könnten. Manche Bereiche, deren Privatisierung noch vor kurzem kaum jemand für möglich hielt, sind heute vom Staat getrennt, bieten weit bessere Leistungen an und haben neue Arbeitsplätze geschaffen.

Solange allerdings Politiker in den Führungsetagen der einstigen Monopolbetriebe mitschwatzen, ist Inkompetenz und Missmanagement so sicher wie das Amen in der Kirche. Die Swisscom hat vor der Gründung wegen katastrophalen Auslandsbeteiligungen Volksvermögen im Wert von 900 Millionen Franken abschreiben müssen. Einer schonungslosen Untersuchung dieses an Veruntreuung grenzenden Gebarens - die von mir in der Finanzkommission beantragt worden ist - widersetzen sich FDP, CVP und SP bis heute hartnäckig und mit Erfolg. Es ist klar: Mit Franz Steinegger sass der räsident der FDP im Verwaltungsrat, der Generaldirektor gehörte der CVP an und die SP wehrte sich mit Klauen und Zähnen gegen die Untersuchung, denn schliesslich war die PTT ein Staatsbetrieb!

²³ Hans Letsch: Stoppt den Staat, er ist zu teuer!, hrsg. von der Aargauischen Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft, Stäfa 1996.

VIII. Die Zukunft gehört dem Föderalismus

Das 20. Jahrhundert war geprägt vom Gedanken der Grösse, der Gleichmacherei, von der Idee des zentralistischen Verwaltungsstaates. Das ist kein Zufall: Nur durch den Zentralismus lässt sich der Sozialismus am Leben erhalten. Zentralismus schaltet den Wettbewerb aus. Aber - davon bin ich vollends überzeugt - die Zukunft gehört nicht dem Zentralismus. Er wird Schiffbruch erleiden. Dies hat die Wirtschaft längst gemerkt: Die Dezentralisierung gehört in der Wirtschaft zum zukünftigen Organisationsprinzip. Daran ändern auch die zunehmenden Fusionen nichts. Sie haben nur vordergründig den Charakter der Zusammenballung. In Wirklichkeit führen erfolgreiche Fusionen stattdessen zu zahlreichen Ausgliederungen und zur Gründung neuer, für sich selbständig wirtschaftender, überblickbarer und in der Verantwortung zuweisbarer Einheiten. Der Zentralismus wird eben - trotz technokratischer Effizienzgewinne und Vermeidung von Doppelspurigkeiten - aufgrund der Ausschaltung des Wettbewerbes, der Unüberblickbarkeit, der zwangsläufig damit verbundenen bürokratischen Auswucherungen, der Seelenlosigkeit und Unpersönlichkeit keinen Erfolg haben. Dem Föderalismus gehört die Zukunft, weil er wirkungsvoller, tüchtiger, persönlicher, beweglicher, überblickbarer ist. Das Prinzip des schweizerischen Föderalismus ist der Weg für das 21. Jahrhundert. Dass dieser Föderalismus den andern Staaten fremd ist, beweist gar nichts. Auch hier hat die Schweiz wieder das Lämpchen des Vorbildes hochzuhalten. Wir müssen uns an den grossen schweizerischen Staatsdenker Karl Schmid halten, der für unser Land die "schweizerische Gegenläufigkeit" als Erfolgsprinzip bezeichnet hat.²⁴

Erinnern wir uns: Die Schweiz war republikanisch, als Europa monarchisch war, sie war konfessionell gemischt, als anderswo die Grenzen der Religion mit den Staatsgrenzen zusammenfielen. Die Schweiz blieb föderalistisch, als in Europa der zentralistische Territorial- und Zentralstaat triumphierte, sie war sprachlich und kulturell vielfältig, als in Europa die Einheit von Sprache und Kultur innerhalb eines Staates die Regel bildete. Die Schweiz blieb liberal, demokratisch und human, als die Diktaturen Europa beherrschten. Und die Schweiz wird nach diesem Prinzip der Gegenläufigkeit weltoffen, aber unabhängig und föderalistisch bleiben, wenn sich das übrige Europa zu einer zentralistischen Verwaltungs- und Wirtschaftseinheit zusammenschliesst. Denn zweifellos ist der Bund der Eidgenossen vor gut 700 Jahren nicht gegründet worden, damit seine Glieder in einem einheitlichen Ganzen verschmelzen, sondern damit sie gegenseitig ihre Eigenart bewahren und verteidigen können. Auch im nächsten Jahrhundert wächst die Freiheit, die Menschlichkeit und der Friede in kleinen Kreisen, in autonomen Gemeinwesen und in Wirtschaftsorganisationen, die man noch überblicken kann. In offenen, aber klar abgegrenzten Gemeinschaften ist der Wettbewerb möglich; nur wo Grenzen gesetzt sind, findet auch Zusammenarbeit statt. Zahlreich sind heute wichtigtuerische Technokraten-Politiker, welche angeblich effizienzsteigernde "Reformvorschläge" in unserem Lande propagieren. Sie werden aber bei aller vordergründigen Betriebsamkeit das Gegenteil erreichen. Solange nämlich die Verwaltungen der Kantone dezentral sind und die administrative Macht in viele Teile aufgeteilt bleibt, verhindern wir das Ausufern einer zentralistischen Regierungsmaschinerie und fahren damit letztlich billiger. Und eines sollten wir nicht vergessen: Gerade der Föderalismus unseres Landes, die Verteilung der Macht auf viele Köpfe, bildete in diesem Jahrhundert ein machtvolles, rettendes Bollwerk gegen den Totalitarismus.

Das 21. Jahrhundert gehört zweifellos nicht der immer mächtigeren Zentralregierung; wenn immer möglich müssen die heute vom Bund angebotenen Dienstleistungen auf kantonale, regionale oder kommunale Behörden verlagert werden. Die von vielen beklagte Unmenschlichkeit der Gesellschaft ist viel weniger die Folge des Wirtschaftsprozesses als der Zentralisierung. Nur wenn wir die Gemeindeautonomie und die Kantonssouveränität aufrechterhalten, kann der einzelne Einfluss auf die Formung seiner Umgebung nehmen. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger auf allen Stufen direkt mitbestimmen und ihr Wissen und ihre Meinung beisteuern können, werden sie Interesse für die politischen Probleme aufbringen, Vertrauen in die Institutionen und nicht wie vielerorts bloss Verachtung für sie übrig haben.

²⁴ Karl Schmid: Versuch über die schweizerische Nationalität (1957). In: Karl Schmid, Gesammelte Werke, hrsg. von Thomas Sprecher und Judith Niederberger, Bd. 2, Zürich 1998, S. 332 - 346. Vgl. Jean-Rodolphe von Salis: Die Schweiz und Europa. In: Schwierige Schweiz, Zürich 1968, S. 217.

IX. Die Zukunft gehört der direkten Demokratie

Es ist unverkennbar: Mit allen möglichen Tricks - ohne es den Stimmbürgern zu sagen - wird versucht, die direkte Demokratie zu schmälern und abzubauen. Andererseits entsteht jetzt als Gegenbewegung - gerade in zentralistischen und zunehmend pseudofeudalistischen Gebilden wie der EU - von unten der Druck, die direkte Demokratie als Zukunftsform zu propagieren. Der deutsche Unternehmerverband beispielsweise verlangt dringend das Volksvotum für Steuererhöhungsbeschlüsse, und der bayerische Ministerpräsident Stoiber ruft nach dem Plebiszit auch in Bundesangelegenheiten. Die direkte Demokratie ist nämlich weniger ein Regierungssystem als vielmehr ein System, die Regierungsmacht zu beschränken. Jeder Fortschritt in der Politik, aber auch in der Wirtschaft und in der Wissenschaft ist durch Ideen entstanden, die dann härtester und schärfster Kritik ausgesetzt wurden. Nur was diesem Stahlbad standzuhalten vermag, ist es wert, weiterverfolgt zu werden und wird sich schliesslich durchsetzen. Die direktdemokratische Freiheit beinhaltet auch das Recht, Fragen zu stellen und Kritik zu üben. Nur in der Referendumsdemokratie kann die Regierung Ideen entwickeln, die dann einer schonungslosen Kritik des Volkes ausgesetzt werden. Bei uns kann durch das Initiativrecht sogar das Volk Ideen vorbringen, die dann ihrerseits den kritischen Volkswillen überstehen müssen. Unsere

Staatsform ist zweifellos die modernste, denn sie erlaubt das grösstmögliche Mass an Kritik. Jede gute, einsichtige Regierung müsste sich weit mehr freuen über heftige Kritiker als über langweilige Kopfnicker und Ja-Sager. Der Bundesrat müsste der Zürcher SVP schon längst herzlichst danken, dass sie sich die Mühe nimmt, seine Entscheide einer ständigen schonungslosen Kritik zu unterziehen.

Frau Bundesrätin Dreifuss hätte die Möglichkeit eigentlich freudig ergreifen sollen, heute Abend hier auf Kritik zu stossen und ihre Kritik an unseren Ansichten vorzutragen. Offenbar aber scheut sich die Bundespräsidentin, vor anders gesinntem Publikum zu sprechen. Auf ihre Absage hin habe ich ihr wörtlich mitgeteilt: "Leider gehört es in unserem Land immer mehr zur Tagesordnung, dass sich Leute in führenden Positionen nicht mehr an Veranstaltungen, an denen die Rede und Gegenrede in offener Weise gepflegt wird, exponieren wollen. (...) Dass wir eine klare Parteimeinung äussern, die auch im Widerspruch zur offiziellen Politik des Bundesrates stehen kann, ist aber Ziel des ersten Teils unseres Anlasses. Um diese für eine Demokratie zwingend notwendige Gesprächskultur fortzusetzen, möchten wir nicht davon abweichen, auch nicht als Konzession gegenüber einem Mitglied des Bundesrates. Die Sache ist für die demokratische Auseinandersetzung so wichtig, dass wir auch die Absage eines bundesrätlichen Sprechers - wie dies aus Ihrem Brief hervorgeht - in Kauf nehmen müssen."²⁵

Den Einwand, bei uns gehe wegen der Kritik durch alle Instanzen und durch den Einbezug des Volkes alles viel zu lang, nehmen wir gelassen hin. Es ist immer noch besser, wir entscheiden langsam das Richtige, als schnell das Falsche. Voraussetzung für das Funktionieren der direkten Demokratie ist natürlich, dass die Regierung das Volk nicht anlügt. Bezüglich Kostenwahrheit ist in letzter Zeit etwa beim Krankenversicherungsgesetz, bei der Schwerverkehrsabgabe oder bei der Finöv schwer gesündigt worden.

Im beginnenden 21. Jahrhundert muss die direkte Demokratie soweit ausgebaut sein, dass das Volk seine Regierung nicht nur auf Kantonsebene, sondern auch auf Bundesebene wählt. Die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz ist unserer Idee gefolgt und hat den Parteivorstand beauftragt, bis spätestens Ende dieses Jahres einen Bericht vorzulegen. Wir werden die Thematik Volkswahl des Bundesrates selbstverständlich weiterverfolgen, denn sie ist zukunftsgerichtet, zeitgemäss und hat erst noch grösste Chancen bei einer Volksabstimmung. Wer in diesen Tagen noch nicht gemerkt hat, wie wichtig die Volkswahl von Bundesräten ist, muss blind sein.

Angesichts unserer weltweit einzigartigen demokratischen Rechte setzen wir voraus, dass die Stimmberechtigten unser Land und seine Verhältnisse genau kennen, dass sie zumindest eine Landessprache beherrschen und dass sie sich mit unserem Land voll identifizieren. Masseneinbürgerungen von hier ansässigen Ausländern - wie neuerdings einmal mehr vorgeschlagen - bringen zwar wahrscheinlich den linken umverteilenden Parteien ein gewisses Stimmpotential und mögen für EU-Verhältnisse ohne direkte Mitbestimmung des Volkes in Sachfragen problemloser sein. Wir aber lehnen entsprechende Vorstösse im Interesse des Weiterbestands der direkten Demokratie entschieden ab.

²⁵ Brief von Christoph Blocher an Bundesrätin Ruth Dreifuss vom 9.10.1998.

X. Die Zukunft gehört der Neutralität

Solange nach dem biblischen Jakobusbrief der eine Mensch begehrt, was der andere hat, oder eine Volksgruppe begehrt, was die andere hat, wird es auf dieser Welt Streit und Krieg geben. Freiheit, Unabhängigkeit und Eigentum sind ständig bedroht, denn ein freies und wohlhabendes Land ist eine Provokation. Unzählige Beispiele von Ländern gibt es, die ihre Freiheit verloren haben, weil es ihnen zu mühsam schien, diese zu verteidigen. Die Abrüstung wird auch in Zukunft weitgehend leere Phrase bleiben, denn die Rüstung zu Land, zu Wasser und in der Luft nimmt trotz allem Geschwätz vom ewigen Frieden und vom "Institutionalismus" dauernd zu.²⁶ Nur wer bereit ist, sich selbst zu verteidigen, ist nicht auf die Gnade und den guten Willen fremder Staaten und fremder Menschen angewiesen. Ein Volk, das seine Waffen niederlegt, wird in dieser Welt menschlicher Unvollkommenheit und Bosheit zum Spielball der Stärkeren, ausgeliefert den Launen der Mächtigen, Ausbeutungsobjekt ihrer Habsucht. Wir sind der festen Überzeugung, dass unser Land auch im 21. Jahrhundert der Erhaltung des Friedens und damit den vordergründigen Zielen der UNO, EU und NATO am besten dient, wenn es absolut unparteiisch die dauernd bewaffnete Neutralität wahrt.

Die dauernd bewaffnete Neutralität - der wesentliche Grund dafür, dass unser Land seit 200 Jahren von Krieg verschont blieb, was meines Wissens in keinem anderen Staat der Welt der Fall ist - ist auch das schweizerische Sicherheitsinstrument des 21. Jahrhunderts. Darum sind alle Vorstösse der Regierung, in neutralitätswidriger Weise Aussenpolitik zu betreiben, vom Volk unmissverständlich zurückgewiesen worden. Abgelehnt wurden deshalb der UNO-Beitritt und die Blauhelm-Vorlage. Auch die Vorlage zu bewaffneten Truppen im Ausland, wie sie das Verteidigungsdepartement propagiert, ist dem Volk vorzulegen und zur Ablehnung zu empfehlen. Es entspricht alten Grossmachtsträumen schweizerischer Offiziere und Aussenpolitiker, sich im Ausland an Auseinandersetzungen zu beteiligen. Dieses Streben nach Bedeutung versuchte man seit jeher mit schönen, moralistischen Worten zu tarnen, so neuerdings mit dem Deckmäntelchen des banalen Werbespots "Heute wird der Friede im Ausland gesichert". Auch der Werbeslogan von Bundesrat Ogi, um dem Volk die Entsendung bewaffneter Truppen ins Ausland schmackhaft zu machen, gehört dazu: "Gehen wir zur Krise, sonst kommt die Krise zu uns".²⁷ Viel eher wird dies für die Schweiz aber dazu führen, dass wir sagen müssen: "Sie holen uns die Krise, damit die Krise auch bei uns ist".

Wer sich dem Krieg einer Grossmacht gegen einen sogenannten "Schurkenstaat" anschliesst, der über Massenvernichtungswaffen verfügt, holt sich das Verderben ins Land. Es ist nicht weniger moralisch, dem Krieg als neutraler Kleinstaat fernzubleiben, als den Neutralen in einen Krieg hineinzuziehen.

Wenn wir zusehen, wie Bern in Sachen Auslandseinsatz und Bewaffnung schaltet und waltet, erhalten wir den Eindruck, der Bundesrat glaube, die Armee sei in erster Linie ein privates Instrument in den Händen der Regierung. Sie ist aber nach wie vor das letzte Mittel zur Bewahrung von Freiheit und Unabhängigkeit des Volkes. Unsere Armee ist nicht dazu da, mit anderen Staaten und für andere Staaten die Macht durchzusetzen, sondern als Instrument des Widerstandes einzig dazu, einer allfälligen eindringenden Macht zu widerstehen.

Eigenartige Töne in Richtung Freiwilligenarmee hört man auch vom Generalstabschef. Laut "NZZ" sagte er, bei einem allfälligen Grenzeinsatz würde man "Vernunft walten lassen" und keinen Soldaten zum Dienst zwingen: "Wir wollen keinen Menschen in eine Situation hineindrängen, der er nicht gewachsen ist."²⁸ Hat denn der oberste Soldat unseres Landes das Gefühl, es gebe irgend jemanden in unserer Armee, der einem allfälligen Kriegseinsatz zum vornherein gewachsen wäre? Würde der Herr Generalstabschef bei der Mobilmachung jeden einzelnen Wehrmann fragen, ob er gerne in den Krieg ziehe oder lieber wieder nach Hause gehen möchte?

Das Verteidigungsdepartement muss die Auslandskontakte seiner Offiziere wieder in den Griff bekommen. Französische Militärflugzeuge trainieren heute Angriffe auf Schweizer Staumauern, deutsche Generäle und amerikanische Fliegerobersten nehmen in unseren geheimsten Anlagen an Gesamtverteidigungsübungen teil, amerikanische Offiziere in Uniform fliegen mit der Swissair inklusive Zwischen-

²⁶ Christoph Blocher: Praxisferne Theorie als sicherheitspolitische Leitlinie? In: Neue Zürcher Zeitung Nr. 183, 11.8.1998, S. 13.

²⁷ Neue Zürcher Zeitung Nr. 298, 23.12.1998, S. 11.

²⁸ Neue Zürcher Zeitung Nr. 249, 27.10.1998, S. 13.

landung in Kloten an den Golf. Gleichzeitig wird einem Oberst Nyffenegger ein Riesenprozess gemacht, weil er eine angeblich geheime CD-Rom im Garten verbrannt und einige alte "Diamant"-Anstecker im Keller magaziniert hat. Und da soll das Schweizervolk nicht merken, dass etwas nicht mehr stimmt?

Dabei ist es klar: Die heutige Aussen- und Verteidigungspolitik missachtet die Neutralität zusehends. Vielleicht wäre es besser, wenn der Bundesrat die von ihm selbst herausgegebene Zeitung zur 150-Jahrfeier des Bundesstaates lesen würde, statt einer tagelangen Klausursitzung über den Fahrplan zum EU- und UNO-Beitritt beizuwohnen. In dieser Zeitung gibt der in Basel wohnende Liedermacher Georg Kreisler - ein einst durch die Nazis aus Wien vertriebener Jude - schwarz auf weiss zu bedenken: "Neutralität ist eine wertvolle Sache, die gibt man nur auf, wenn man ein Trottel ist oder ein Österreicher."²⁹ Nun, ich behaupte nicht, unsere Neutralitätsabschaffer in Bern seien alles Österreicher!

Noch ist jedes einzelne Mitglied unseres Bundesrates auf die Verfassung vereidigt. In Artikel 102 Ziffer 9 wird dem Bundesrat auferlegt, über die äussere Sicherheit, die Unabhängigkeit und die Neutralität der Schweiz zu wachen. Wenn sich ein Bundesrat heute nicht mehr imstande sieht, diesen Eid zu halten, muss er im Interesse seiner Glaubwürdigkeit zurücktreten.

²⁹ Georg Kreisler: Heimatlos in der Schweizer Heimat, in: Die Zeitung zum Gedenkjahr 150 Jahre Bundesstaat und 200 Jahre Helvetik Nr. 4, September 1998, S. 33.

XI. Parteienlandschaft der Zukunft

Der Kampf für eine freiheitliche Schweiz, die den selbstverantwortlichen Bürger in den Mittelpunkt stellt, wird im 21. Jahrhundert an Bedeutung gewinnen. Ganz einfach, weil der vom Glauben an die staatliche Allmacht geprägte Weg scheitern wird. Der "Sozialismus auf sanften Pfoten" wird die Probleme nicht nur nicht lösen, sondern massiv verschärfen. Die SVP - vor allem die SVP des Kantons Zürich, aber auch die neu gegründeten SVP-Parteien der Innerschweiz und der Ostschweiz, haben in den letzten Jahren viele neue Wählerinnen und Wähler gewonnen, weil sie glaubwürdig politisieren. Diesen Weg hat die SVP weiterzugehen und alle Kräfte zu sammeln, denen Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstverantwortung mehr bedeutet als ein blosses Lippenbekenntnis.

Oft wird von führenden Politikern in unserer Partei gefordert, man müsse sich vermehrt den anderen Parteien anschliessen, um bei der Mehrheit zu sein. Nein, nicht einer Mehrheit nachlaufen, sondern die Mehrheit von einem freiheitlichen Weg überzeugen und diesen gestalten, das ist die Devise. Willfähige Mehrheiten bringen zwar Ämter, aber keine freiheitliche Politik, kein Wohl für den Bürger. Sich allem anschliessen, was mehrheitsfähig ist, ist das Prinzip von fantasielosen Kopfnickern. Das genügt wirklich nicht mehr, um den ruinösen Weg des Sozialismus zu verhindern. Und wohin der Weg von Kopfnickern führt, hat uns das 20. Jahrhundert zur Genüge gezeigt.

Ich bin überzeugt, dass sich das Parteiengefüge im 21. Jahrhundert markant verändern wird. Auf der linken Seite wird es stets die Sozialisten geben. Sozialisten gibt es auch künftig, weil der Sozialismus eine so bequeme Politik ist. Zudem zieht der Sozialismus Profiteure an, die aus der ruinösen Umverteilung und der staatlichen Allmacht Nutzen ziehen.

Auf der andern Seite wird die SVP - wenn sie ihren Weg weiterhin konsequent fortsetzt und durchhält - als die Partei der Zukunft, als die Partei der Freiheit und Selbstverantwortung, als Partei, die für Wohlfahrt, Vollbeschäftigung und Sicherheit sorgt, das grosse Gegengewicht bilden. Immer mehr Wählerinnen und Wähler werden sich ihr anschliessen. Die vor allem in der Romandie aktive Liberale Partei steht uns in den innenpolitischen Fragen am nächsten. Leider trennt uns die Europafrage. Dennoch dürfte das 21. Jahrhundert einen Zusammenschluss bringen. Auch die freiheitlichen und verantwortungsvollen Wähler anderer bürgerlicher Parteien - namentlich der FDP und CVP - werden sich unserer Partei anschliessen. Natürlich braucht diese Partei einen neuen Namen. Diese neue Partei mit der freiheitlichen und darum fortschrittlichen Politik des 21. Jahrhunderts, die auf den selbstverantwortlichen Menschen setzt, würde wohl am besten den Namen SELBST-VERANTWORTUNGS-PARTEI tragen, oder abgekürzt ganz neu: SVP.

Der linke Flügel der FDP, der CVP - auch einzelne aus der heutigen SVP - werden dann eine neue Partei namens WWP gründen. Die WWP ist dann die Partei, die - wie Franz Steinegger sagt - weder links noch rechts steht. Die grosse Frage, was der Staat tun und nicht tun soll, die grosse Frage Sozialismus oder Freiheit stellt sich für diese Leute nicht mehr, so dass sich Franz Steinegger dieser Partei gerne als neuer Präsident zur Verfügung stellen wird. Die WWP könnte dann in grundsätzlichen Parteiprogrammen zusammen mit der SVP gegen Steuererhöhungen plädieren, im konkreten Fall aber zusammen mit der SP die Steuern erhöhen. Also alles wie gehabt!

Aber keine Angst, all dies ist Zukunftsmusik. Das alles erleben wir nicht mehr in diesem, sondern erst im 21. Jahrhundert. Dann werden wir eine Schweiz mit drei Parteien haben: der SVP, der SP und der WWP. (Ich merke, dass nicht alle in der Politik so bewandert sind, dass sie wissen, was WWP eigentlich heisst. Aber es ist doch klar: Es ist die "WISCHI-WASCHI-PARTEI"!)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich werden ab heute abend Mitglieder der Liberalen, der FDP, der CVP, aber auch Vertreter der eigenen Partei solche Zusammenschlüsse weit von sich weisen, was aber eher für die Richtigkeit dieser Prognosen spricht. Denn auch Franz Steinegger hat sich am 29. November 1996 entschieden gegen die Einführung der 40-Tonnen-Limite gewandt.³⁰ "Die Erhöhung der Gewichtslimite mit Produktivitätsabschöpfung" - so erklärte er damals - "sei ein Rohrkrepierer, die finanziellen Erwartungen seien unrealistisch, die Umsetzung problematisch, weil vor allem Ausländer profitieren würden (...)". Er stimmte zwei Jahre später mit der SP begeistert für diesen "Rohrkrepierer", nämlich für die 40-Tonner, für die Produktivitätsabschöpfung und für mehr Lastwagen auf dem Transit der Gotthardroute.

³⁰ Neue Zürcher Zeitung Nr. 279, 29.11.1996, S. 14.

Meine Damen und Herren, das sind die grossen Verschiebungen in der Parteienlandschaft im nächsten Jahrhundert. Es ist sinnlos, jetzt über den Anspruch auf Bundesratssitze zu streiten, weil diese Frage für die Zukunft nicht ausschlaggebend ist. Von Bedeutung ist nur, ob wir die Kraft haben, die richtige Politik fortzusetzen!

Die überproportionale Zahl von Bundesräten für einzelne Parteien kann höchstens kurzfristig über das fehlende Profil und Programm hinwegtäuschen.

XII. Schlussfolgerungen

Meine Damen und Herren, das 21. Jahrhundert muss von einer neuen Wertordnung ausgehen: Nicht der staatlichen Allmacht, nicht der Masse, nicht dem unüberschaubaren Zentralstaat, nicht dem Sozialismus, nicht der menschenfeindlichen Bürokratie, nicht dem Zentralismus, nicht der Grossmannsucht, nicht der Erlösung durch die Integration gehört die Zukunft. Diese gehört dem freiheitlichen, wahrhaft liberalen Staat, der den selbstverantwortlichen Menschen in den Mittelpunkt stellt, der der Korruption keinen Raum lässt. Die Zukunft gehört dem föderalistischen Staat mit seinen überschaubaren Strukturen, dem direktdemokratischen Staat, dem Kleinstaat, der auf die dauernd bewaffnete Neutralität, auf die Kooperation mit andern Staaten und nicht auf die freiheitsbeschränkende Integration setzt. Dieser Staat sichert im 21. Jahrhundert ein Maximum an Freiheit, Wohlfahrt, Entscheidungsrechten, Vollbeschäftigung und schützt vor Armut. In den nächsten Jahren braucht es mehr denn je Kraft, um das Lämpchen, das den Sonderfall bezeichnet, in einer Welt der Vermassung und Versozialisierung am Brennen zu halten.

Auch im 21. Jahrhundert bleibt es sinnvoll für Europa und die Welt, dass mitten im EU-Gebilde ein Kleinstaat besteht, welcher der europäischen Grossmachtspolitik eine Absage erteilt. Unser Wille zur Unabhängigkeit heisst nicht Distanznehmen zur Welt, sondern erleichtert die selbstbewusste Zusammenarbeit mit der Völkerfamilie. Mit ihrer Neutralität leistet die Schweiz einen positiven Beitrag zu einer grundsätzlichen Friedenspolitik. Die Schweizer sehen in andern Völkern den möglichen Partner, nicht den Feind.

Dem Freihandel mit aller Welt, dem Gesetz von Angebot und Nachfrage verdankt dieses Land seinen Wohlstand, nicht weniger aber Unternehmerpersönlichkeiten, die auch in Krisenzeiten den Optimismus und den Glauben an die Zukunft nicht verloren haben.

Wirtschaft und Staat waren in unserem weltoffenen Exportland nie deckungsgleich. Selbst in der kriegsbedingten Isolation hat sich die Schweiz um intensive wirtschaftliche Aussenkontakte bemüht, was ihr heute von moralistischen Historikern vorgeworfen wird. Im Gegensatz zu unserem Land waren die grossen europäischen Nationalstaaten mit ihrer "Nationalökonomie" bemüht, den Markt im wesentlichen auf das nationale Binnengebiet einzuschränken. Die EU führt diese einstige nationale Abschottung weiter und will sie wenigstens auf europäischer Ebene noch für eine Weile retten. Sie will das kurzfristig gemütlliche, langfristig aber gefährliche Clubdenken auf europäischer Ebene weiter konservieren. Die Idee der EU ist keineswegs die des freien Handels; damit ist sie vergangenheitsfixiert statt zukunftsorientiert - das an die Adresse jener, die uns EU-Kritiker als rückwärtsgewandte Isolationisten beschimpfen.

Die wahren Freunde Europas und einer weltoffenen Schweiz sind nicht jene, die den möglichst raschen Beitritt in die Bürokratie von Brüssel fordern. Es sind die, die sich für eine nationale Eigenständigkeit in Verbindung mit weltweiter Offenheit einsetzen und damit an das eigentliche Erfolgsgeheimnis Europas anknüpfen: an die Vielfalt friedlich konkurrierender Staaten und Nationen.

So oder so steht heute fest: Die Schweiz geht als vom Konstrukt EU unabhängiges, souveränes und neutrales Land ins 21. Jahrhundert. Die Voraussetzungen unseres Landes bleiben weiterhin gut, sofern wir den Sozialismus stoppen, der Umverteilung den Kampf ansagen und unsere weltweit einzigartige direktdemokratische und föderalistische Struktur bewahren. Die Gegenseite ist mächtig und hat praktisch den gesamten Staats- und Medienapparat hinter sich. Wir können unseren Gegnern aber fürs 21. Jahrhundert eines versprechen: Die Zürcher SVP wird ihnen im Kampf um Freiheit, Selbstverantwortung und Wohlstand nichts schenken!

XIII. Begrüssung

Ich darf aus der grossen Zahl der Besucher zahlreiche Gäste begrüssen und willkommenheissen: Besonders herzlich begrüsse ich unseren Ehrengast und Referenten des heutigen Abends, Herrn Dr. Hans Meyer, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, zusammen mit seinem Generalsekretär, Herrn Peter Schöpf, und seinem Pressebeauftragten, Herrn Werner Abegg.

Ich freue mich über die Anwesenheit unserer beiden Regierungsräte Frau Regierungsrätin Rita Fuhrer und Herrn Stände- und Regierungsrat Hans Hofmann.

Auch die beiden neuen Regierungsratskandidaten, Herrn Dr. Christian Huber und Herrn Dr. Rolf Jeker (von der FDP) heisse ich herzlich willkommen.

Aus sämtlichen Kantonen, in denen die SVP beheimatet ist, ist eine Delegation hier. Zum ersten Mal heisse ich die Vertreter aus dem Kanton Uri willkommen.

Besonders herzlich heisse ich willkommen: den Vizepräsidenten des Nationalrates, Herrn Hanspeter Seiler; den Ständevertreter aus dem Kanton Glarus, Herrn This Jenny; aus dem Kanton Bern Herrn Nationalrat Hermann Weyeneth; aus dem Kanton St. Gallen Herrn Nationalrat Toni Brunner.

Ich begrüsse unsere Nationalräte aus dem Kanton Zürich: Herrn Toni Bortoluzzi; Frau Lisbeth Fehr; Herrn Hans Fehr; Herrn Walter Frey; Herrn Dr. Ulrich Schlüer; Herrn Werner Vetterli; sowie die Alt-Nationalräte Herrn Dr. Hans-Ulrich Graf und Herrn Rudolf Reichling.

Ich freue mich, Herrn Alt-Regierungsrat Dr. Alfred Gilgen willkommen zu heissen.

Ich heisse herzlich willkommen unseren ehemaligen Bundesrichter und heutigen Professor für Privat-, Zivil-, Schul- und Betreibungsrecht an der Uni Zürich, Herrn Prof. Dr. Karl Spühler.

Die Ersatzrichterin am Bundesgericht Frau Cornelia Stamm und den nebenamtlichen Bundesrichter Herrn Rudolf Ackeret.

Ich freue mich, dass die Spitze der Schweizerischen SVP mit dem Präsidenten, Herrn Nationalrat Ueli Maurer; der Vizepräsidentin, Frau Cornelia Stamm; dem Generalsekretär, Herrn Martin Baltisser; dem Pressechef, Herrn Jean-Blaise Defago; der Präsidentin der Frauenkommission, Frau Esther Weber; dem Präsidenten der SVP-Kantonsfraktion, Herrn Ernst Schibli, und zahlreichen Mitgliedern des Zürcher Kantonsrates unserer Einladung Folge geleistet hat.

Ich freue mich, dass Herr Divisionär Hansruedi Ostertag, Direktor der militärischen Führungsschule, unter uns ist.

Ebenso heisse ich Herrn Divisionär Rolf Siegenthaler, Ehrenobmann der Schützengesellschaft der Stadt Zürich, Eigentümerin des Schützenhauses Albisgüetli, willkommen.

Schliesslich heisse ich unter uns die zahlreichen Oberrichter, Gemeinde- und Stadtpräsidenten, Gemeinde- und Stadträte der zürcherischen Gemeinden willkommen.